



Nr. 10 / 11. Februar 2025

Sperrfrist: 16:30 Uhr

Landtagspräsidentin Herbst beim Jahresempfang der Bundeswehr: „Verdienste um die Freiheit und Sicherheit unseres Landes“

Landtagspräsidentin Kristina Herbst hat heute (Dienstag) beim Jahresempfang der Bundeswehr in Kiel den Soldatinnen und Soldaten für ihr Engagement bei der Sicherung von Frieden und Freiheit gedankt. „Ich bin sehr froh und dankbar, dass wir mit Ihnen, den Vertreterinnen und Vertretern der Bundeswehr, Menschen in unserem Land haben, die bereit sind, sich für Frieden, Freiheit und Demokratie einzusetzen“, sagte Herbst.

Die Parlamentspräsidentin wies auf die sicherheitspolitische Lage Europas und der NATO hin, die sich seit der russischen Aggression gegen die Ukraine grundlegend verändert habe. In jüngster Zeit seien zudem vermehrt Sabotageaktionen insbesondere gegen Infrastrukturanlagen im Ostseeraum wahrzunehmen. „Vor allem Deutschland hat viele Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, die Entwicklungen autokratischer Mächte in der Welt ignoriert oder zumindest nicht ausreichend ernst genommen“, sagte Herbst. Jetzt seien die Herausforderungen aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen sehr groß.

„Die Bundeswehr und Ihre Soldatinnen und Soldaten haben in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder Beeindruckendes geleistet, gerade auch im Rahmen der zahlreichen Auslandseinsätze und Auslandsmissionen“, unterstrich Herbst. Die Bundeswehr habe sich an der Seite ihrer Verbündeten hierdurch viel Anerkennung erworben. „Es ist nun allerdings dringend an der Zeit, die Bundeswehr mit all dem auszustatten, was sie in der gegenwärtigen Lage benötigt“, mahnte die Landtagspräsidentin. Hierzu zähle auch, noch mehr junge Menschen dafür zu gewinnen, ihren Dienst in der Bundeswehr zu leisten.

Die ganz überwiegende Mehrheit der Deutschen sei von der Notwendigkeit einer starken Verteidigungskraft überzeugt und stehe den Bemühungen, die Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr zu verbessern, sehr positiv gegenüber. Wichtig sei es jetzt, die hierfür erforderlichen Weichenstellungen zu treffen. „Das gebietet die aktuelle weltpolitische Lage und davor darf weder die Politik noch die Gesellschaft die Augen verschließen“, mahnte Herbst.